

513718-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Feuerwehrfahrzeuge – Feuerlösch-Kraftfahrzeug mittel Flugplatz (FLKfz mittel FIPI)

OJ S 141/2026 24/07/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Lieferleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr

E-Mail: BAAINBwU2.2@bundeswehr.org

Rechtsform des Erwerbers: Zentrale Regierungsbehörde

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Verteidigung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Feuerlösch-Kraftfahrzeug mittel Flugplatz (FLKfz mittel FIPI)

Beschreibung: Es ist beabsichtigt, eine Rahmenvereinbarung über die Herstellung und Lieferung von bis zu 200 Feuerlösch-Kraftfahrzeug mittel Flugplatz (FLKfz mittel FIPI) mit einem Unternehmen zu schließen. Die Laufzeit der Rahmenvereinbarung soll 15 Jahre betragen. Das FLKfz mittel FIPI dient als Schnellangriffsfahrzeug für den Einsatz auf Flugplätzen zur Menschenrettung und Brandbekämpfung. Hierbei handelt es sich um ein hochmotorisiertes, 3-achsiges Einsatzfahrzeug, welches aufgrund seiner enormen Beschleunigung als erstes am Schadensort eintrifft, um sofort die Brandbekämpfung einzuleiten.

Kennung des Verfahrens: 51157582-eb88-4818-a722-42c58f357260

Interne Kennung: Q/U2BM/R9395

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 34144210 Feuerwehrfahrzeuge

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Ochtrup

Postleitzahl: 48607

Land, Gliederung (NUTS): Steinfurt (DEA37)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: A. Technische Informationen: Die zur Nutzung der e-Vergabe-Plattform einzusetzenden elektronischen Mittel sind die Clients der e-Vergabe-Plattform und die elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform. Diese werden über die mit "Anwendungen" bezeichneten Menüpunkte auf www.evergabe-online.de zur Verfügung

gestellt. Hierzu gehören für Unternehmen der Angebots- Assistenten (AnA) und der Signatur-Client für Bieter (Sig-Client) für elektronische Signaturen sowie das LV-Cockpit (www.lv-cockpit.de). Die technischen Parameter zur Einreichung von Teilnahmeanträgen, Angeboten und Interessensbestätigungen verwendeten elektronischen Mittel sind durch die Clients der e-Vergabe-Plattform und die elektronischen Werkzeuge der e- Vergabe-Plattform bestimmt. Verwendete Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren sind Bestandteil der Clients der e- Vergabe-Plattform sowie der Plattform selber und der elektronischen Werkzeuge der e- Vergabe-Plattform. Weitergehende Informationen stehen auf <https://www.evergabe-online.info> bereit. B. Teilnahmeantrag: Der Teilnahmeantrag ist ausschließlich in elektronischer Form über die e-Vergabe-Plattform (www.evergabe-online.de) innerhalb der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge hochzuladen. Der Teilnahmeantrag darf nicht als Anhang einer elektronischen Nachricht übermittelt werden. Per Fax oder E-Mail eingehende Teilnahmeanträge werden ebenfalls nicht berücksichtigt. Der Teilnahmeantrag ist in allen seinen Teilen in deutscher Sprache einzureichen. Dokumenten in Fremdsprachen ist eine (auf gesonderte Aufforderung auch beglaubigte) Übersetzung ins Deutsche beizufügen. Der Teilnahmeantrag muss vollständig sein und insbesondere alle Unterlagen enthalten, die zur Eignungsprüfung erforderlich sind. Insoweit wird auch auf die beigefügte "Checkliste" (Anlage 1) verwiesen. Die "Checkliste" (Anlage 1) ist mit entsprechenden Angaben in der Spalte "Beigefügt" von den Bewerbern bzw. jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft vorzulegen. Soweit sich für die Leistungserbringung im Rahmen einer Eignungsleihe eines Unterauftragnehmers/Dritten bedient wird, muss für diesen ebenfalls die "Checkliste" (Anlage 1) vorgelegt werden. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen ist nicht zugelassen. Von jedem Bewerber ist ein formloses Anschreiben vorzulegen, in dem die Teilnahme beantragt wird. In dem Anschreiben sind zudem die zuständigen Ansprechpartner des Bewerbers unter Angabe von Telefonnummer und E-Mail-Adresse zu nennen. Das Anschreiben ist zu unterzeichnen (fortgeschrittene Signatur oder Textform (eingescannte Unterschrift)). Bei einer Bewerbungsgemeinschaft ist das Anschreiben entweder von allen Mitgliedern einer Bewerbungsgemeinschaft einzureichen und zu unterzeichnen oder einmalig von dem bevollmächtigten Vertreter einzureichen und zu unterzeichnen. Sofern die Einreichung und Unterzeichnung durch einen bevollmächtigten Vertreter erfolgt, ist bzw. sind die Vollmachten der Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft beizufügen. C. Bewerberfragen: Die Übermittlung von Bewerberfragen hat ausschließlich über die e-Vergabe-Plattform zu erfolgen. Auskünfte werden grundsätzlich nur auf solche Fragen erteilt, die bis spätestens 8 Tage vor Ablauf des Schlusstermins für die Einreichung des Teilnahmeantrages eingegangen sind. Mündliche Anfragen werden nicht beantwortet. D. Sonstiges: Die Bewerber werden darauf hingewiesen, dass alle mit dem Teilnahmeantrag eingereichten Angaben auch für das ggf. einzureichende Angebot Geltung haben sollen. Sofern sich im weiteren Verfahren Änderungen gegenüber dem Teilnahmeantrag ergeben, muss die Vergabestelle zu späterer Zeit ggf. erneut in eine Beurteilung der Eignung eintreten. Die in dieser Bekanntmachung enthaltenen Informationen zum Projekt dienen allein dem Zweck, den Interessenten einen Eindruck zu verschaffen und eine Entscheidung über die Teilnahme am Verfahren zu ermöglichen. Spezifizierungen im Rahmen der Verhandlungen bleiben vorbehalten, soweit rechtlich zulässig.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2009/81/EG

vsvgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Die Ausschlussgründe ergeben sich aus den gesetzlichen Bestimmungen,

insb. §§ 123 ff. GWB. Der Bewerber muss mit seinem Teilnahmeantrag die unterzeichnete Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Anlage 2, BAAINBw-B-V 034) abgeben. Die Erklärung hat alle Ausschlussgründe des § 123 und § 124 GWB zu umfassen. Es ist auch die beigefügte Erklärung im Hinblick auf Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/ 2014 zu Russland-Sanktionen im Bereich der öffentlichen Beschaffung abzugeben (Anlage 3). Die Vorlage dieser obligatorischen Erklärungen mittels BAAINBw-B-V 034 und der Erklärung zu Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 dient der Bewertung des jeweiligen Wirtschaftsteilnehmers zum Nicht-Vorliegen von Ausschlussgründen. Die beiden zuvor genannten Erklärungen sind von den Bewerbern (bzw. jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft) vorzulegen. Die Erklärungen sind ebenso von allen für die Leistungserbringung vorgesehenen Unterauftragnehmern mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Nimmt der Bewerber (bzw. ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft) im Hinblick auf einzelne Eignungskriterien der erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen sowie der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch (sog. Eignungsleihe), sind die Erklärungen auch von diesem Unternehmen vorzulegen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen ist nicht zugelassen. Der Auftraggeber behält sich vor, die Angaben durch Einsichtnahme in das Wettbewerbsregister zu überprüfen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Feuerlösch-Kraftfahrzeug mittel Flugplatz (FLKfz mittel FIPI)

Beschreibung: Es sollen bis zu 200 FLKfz mittel FIPI beschafft werden. Davon werden 78 FLKfz mittel FIPI bei Vertragsschluss fest beauftragt. Hinzu kommen ein Mustersonderwerkzeugsatz IHS 3, Dokumente und Dienstleistungen. Wesentliche Forderungen an das Flugfeldlöschfahrzeug und den feuerwehrtechnischen Aufbau sind: - die Fahrzeuge müssen eine Zulassung nach StVZO nachweisen und als Linkslenker ausgeführt sein - Zertifizierung des Fahrerhauses nach ECE R29-3 - die geforderte Beschleunigung beträgt 0-80 km/h in max. 40 sek. - eine Geschwindigkeit von min. 100 km/h wird gefordert - der Betrieb des Motors nach dem Single-Fuel-Konzept ist gefordert - ein automatisches Getriebe mit Drehmomentwandler und zugkraftunterbrechungsfreiem Gangwechsel ist gefordert - die Gesamtlänge darf 12,00 m und die Gesamtbreite 3,00 m nicht überschreiten - alle Antriebsachsen sind mit Differentialsperren (längs und quer) auszurüsten - eine Einzelbereifung mit integrierten Notlaufelementen wird gefordert - Integration militärischer Führungs- und Funkgeräte (funktionstüchtige Vorrüstung zur Aufnahme der Endgeräte) - für den Betrieb der Fahrzeuge werden folgende Klimazonen gemäß STANAG 4866 und AECTP 230 ohne Einschränkungen gefordert: A2, A3, B3, C0 - die Ausstattung des Fahrzeuges muss Tarn- und IR-Beleuchtung beinhalten - Ausführung der Fzg.-Elektrik nach VG 95370 - Löschwassertank von min. 7.000 l - Schaummitteltank von min. 700 l - Pulverlöschanlage mit min. 150 Kg - Feuerlöschkreiselpumpe mindestens FPN 10-8000 - Front- und Dachwasserwerfer, der eine kombinierte Löschmittelabgabe ermöglicht
Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 34144210 Feuerwehrfahrzeuge

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Ochtrup

Postleitzahl: 48607

Land, Gliederung (NUTS): Steinfurt (DEA37)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 180 Monate

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 0

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Nicht erforderlich

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Werkzeuge, Anlagen oder technische Ausrüstung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die nachstehenden Angaben, Erklärungen und Nachweise sind von den Bewerbern (bzw. jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft) mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen ist nicht zugelassen. - Nachweis über die Fähigkeit das Fahrzeug-Gesamtsystem virtuell (in 3D) am aktuellen Konstruktionsstand nach den Vorgaben des Auftraggebers zu konfigurieren. Nachträgliche Anpassungen müssen am 3D-Modell abbildbar und bewertbar sein. Der Nachweis ist in Form einer unterzeichneten Eigenerklärung (fortgeschrittene Signatur oder Textform (eingescannte Unterschrift)) zu erbringen. - Nachweis über die Fähigkeit mindestens 25 FLKfz mittel FIPI pro Jahr fertigen zu können. Die geforderten Fertigungskapazitäten müssen nach Art und Umfang detailliert beschrieben werden. Der Nachweis ist in Form einer unterzeichneten Eigenerklärung (fortgeschrittene Signatur oder Textform (eingescannte Unterschrift)) zu erbringen. - Nachweis des europäischen Warenanteils. Anzugeben ist der prozentuale Anteil der in Ausführung des Vertrages zu liefernden FLKfz mittel FIPI, die aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union stammen. Das Kriterium ist erfüllt, wenn mindestens 75% der zu liefernden FLKfz mittel FIPI aus der europäischen Union stammen. Ein Fahrzeug stammt aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union, wenn die Herstellung des Fahrgestells, die Herstellung des Aufbaus und der Zusammenbau von Fahrgestell und Aufbau in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union erfolgt sind. Der Nachweis ist in Form einer unterzeichneten Eigenerklärung (fortgeschrittene Signatur oder Textform (eingescannte Unterschrift)) zu erbringen. - Nachweis über die Fähigkeit eine Ausbildungsausstattung (Taktiksimulator) als mobile Containerlösung sowie als stationäre Anlage für das spätere Produkt liefern und betreuen zu können. Der Simulator muss alle Funktionen zum Führen des Fahrzeuges sowie zur Bedienung der fahrzeugspezifischen feuerwehrtechnischen Ausstattung abbilden. Der Nachweis ist in Form einer unterzeichneten Eigenerklärung (fortgeschrittene Signatur oder Textform (eingescannte Unterschrift)) zu erbringen. - Nachweis über die Fähigkeit zu technischen Nachbesserungsarbeiten vergleichbar Instandhaltungsstufen (IHS) 3 und 4 innerhalb der Europäischen Union. Diese Anforderung ist erfüllt, wenn Standorte oder Niederlassungen vorhanden sind und nachgewiesen werden, die innerhalb von 36 Stunden per Speditionstransport von Deutschland aus erreichbar sind. Hierbei ist ausführlich

darzustellen, wie diese Maßnahmen nach Umfang, Art und Standort oder Niederlassung erfolgen. Der Nachweis ist in Form einer unterzeichneten Eigenerklärung (fortgeschrittene Signatur oder Textform (eingescannte Unterschrift)) zu erbringen. - Nachweis über die Fähigkeit zu technischen Nachbesserungsarbeiten vergleichbar Instandhaltungsstufe (IHS) 3 im europäischen Bündnisgebiet der NATO. Der Nachweis ist in Form einer unterzeichneten Eigenerklärung (fortgeschrittene Signatur oder Textform (eingescannte Unterschrift)) zu erbringen. Der Bewerber kann sich zum Nachweis seiner Leistungsfähigkeit der Fähigkeiten anderer Unternehmen (Dritter/ Nachunternehmen/ konzernverbundener Unternehmen) bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters zwischen ihm und diesem Unternehmen bestehender Verbindungen (sog. "Eignungsleihe"). Zum Nachweis der Eignung hat der Bewerber diese Dritten in seinem Teilnahmeantrag zu benennen und die in dieser Bekanntmachung genannten Angaben / Erklärungen / Nachweise auch für diesen Dritten in dem Umfang vorzulegen, in dem er sich auf dessen Fähigkeiten beruft. Mit dem Teilnahmeantrag ist der Nachweis zu erbringen, dass ihm dieser Dritte mit den erforderlichen Mitteln zur Verfügung steht (Verpflichtungserklärung).

Kriterium: Zertifikate von Qualitätskontrollinstituten

Beschreibung des Eignungskriteriums: Der nachstehende Nachweis ist von den Bewerbern (bzw. jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft) mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen ist nicht zugelassen. Nachweis eines Qualitätsmanagementsystems nach DIN EN ISO 9001 in Form eines Standardzertifikates. Das Standardzertifikat muss zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang des Teilnahmeantrags noch eine Gültigkeit von mindestens drei Monaten aufweisen. Der Bewerber kann sich zum Nachweis seiner Leistungsfähigkeit der Fähigkeiten anderer Unternehmen (Dritter/ Nachunternehmen /konzernverbundener Unternehmen) bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters zwischen ihm und diesem Unternehmen bestehender Verbindungen (sog. "Eignungsleihe"). Zum Nachweis der Eignung hat der Bewerber diese Dritten in seinem Teilnahmeantrag zu benennen und die in dieser Bekanntmachung genannten Angaben / Erklärungen / Nachweise auch für diesen Dritten in dem Umfang vorzulegen, in dem er sich auf dessen Fähigkeiten beruft. Mit dem Teilnahmeantrag ist der Nachweis zu erbringen, dass ihm dieser Dritte mit den erforderlichen Mitteln zur Verfügung steht (Verpflichtungserklärung).

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die nachstehenden Angaben, Erklärungen und Nachweise sind von den Bewerbern (bzw. jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft) mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen ist nicht zugelassen. - Nachweise über die in den letzten 5 Jahren erbrachten Lieferungen von Flugfeldlöschfahrzeugen. Mindestanforderung für die Teilnahme an diesem Vergabeverfahren ist die Lieferung von mindestens 50 Flugfeldlöschfahrzeugen (Flugfeldlöschfahrzeug 6x6 oder Flugfeldlöschfahrzeug 8x8) in den letzten 5 Jahren. Anzugeben sind der jeweilige Auftraggeber sowie die Anzahl und die Ausführung der gefertigten Fahrzeuge. Weiterhin anzugeben sind eine kurze technische Beschreibung mit Bildmaterial der entsprechenden Vorhaben/Referenzen. Folgende Merkmale sind bei der Beschreibung hervorzuheben: a. Beschleunigung: 0-80 km/h in max. 40 Sekunden b. Mindestgeschwindigkeit: 100 km/h c. Mindestens FPN 10-8.000 d. Löschwassertank: mindestens 7.000 l e. Zulassungsfähigkeit nach StVZO f. Zertifizierung der Fahrerkabine nach ECE R29 Der Nachweis ist in Form einer unterzeichneten Eigenerklärung mit entsprechender Auflistung der Referenzprodukte/-projekte (fortgeschrittene Signatur oder Textform (eingescannte Unterschrift)) zu erbringen. Bewerber, die aufgrund von Verschwiegenheitspflichtserklärungen oder Auflagen zur Geheimhaltung

keine technische Beschreibung mit Bildmaterial der entsprechenden Vorhaben vorlegen können oder keine Angaben zum Auftraggeber machen können, müssen dies kurz erläutern. Soweit diese Gründe vorgenannter Schilderung entgegenstehen ist eine Projektdarstellung in "anonymisierter" und abstrakter Form zulässig. - Nachweise über Kenntnisse und Erfahrungen im allgemeinen militärischen Fahrzeugbau. Mindestanforderung für die Teilnahme an diesem Vergabeverfahren ist die Herstellung und Lieferung von militärischen Fahrzeugen in den letzten 5 Jahren (Hinweis: bei militärischen Fahrzeugen ist nicht zwingend die Lieferung von militärischen Feuerwehrfahrzeugen notwendig. Die Angabe weiterer Fahrzeugklassen ist erlaubt). Anzugeben sind der jeweilige Auftraggeber sowie die Anzahl und die Ausführung der gefertigten Fahrzeuge. Weiterhin anzugeben sind eine kurze technische Beschreibung mit Bildmaterial der entsprechenden Vorhaben/Referenzen, aus denen sich Informationen zu den nachfolgenden Punkten ergeben müssen. Das Kriterium ist erfüllt, wenn mindestens 3 der folgenden 6 Merkmale in mindestens einem Referenzprojekt gemeinsam nachgewiesen werden: a. Antriebsmotor gem. Single Fuel Konzept der NATO b. Klimakategorie A1, B3 und C0 gem. STANAG 4866 i. V. m. AECTP 230 c. Elektrik nach militärischem Standard VG 95370 d. Tarnlicht gem. VG 96957/2 e. Dokumentation im militärischen Standard H011 f. Qualitätssicherungsanforderung nach AQAP 2110 Der Nachweis ist in Form einer unterzeichneten Eigenerklärung mit entsprechender Auflistung der Referenzprodukte/-projekte (fortgeschrittene Signatur oder Textform (eingescannte Unterschrift)) zu erbringen. Hinsichtlich der Einhaltung von Verschwiegenheits- und Geheimhaltungsverpflichtungen gelten die oben genannten Ausführungen hier gleichermaßen.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die nachstehende Erklärung ist von den Bewerbern (bzw. jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft) vorzulegen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen ist nicht zugelassen. Eine aktuelle formlose Bankerklärung (nicht älter als 6 Monate gerechnet ab dem Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge) zum Nachweis der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Unternehmens. Diese Erklärung muss Informationen zu folgenden Punkten beinhalten: 1. Geschäftsverbindung /Kontoführung 2. finanzielle und wirtschaftliche Verhältnisse 3. Kreditbeurteilung 4. Zahlungsverhalten. Die Bankerklärung ist im eingescannten Original in deutscher Sprache vorzulegen. Bei fremdsprachigen Bankerklärungen ist eine einfache deutsche Übersetzung ausreichend; einer Beglaubigung bedarf es nicht; das eingescannte Original ist beizufügen. Der Auftraggeber behält sich vor, eine Wirtschaftsauskunft über den Bewerber einzuholen. Im Falle einer Bewerbungsgemeinschaft ist für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft eine Bankerklärung vorzulegen. Der Bewerber kann sich zum Nachweis seiner Leistungsfähigkeit der Fähigkeiten anderer Unternehmen (Dritter/Nachunternehmen/ konzernverbundener Unternehmen) bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters zwischen ihm und diesem Unternehmen bestehender Verbindungen (sog. "Eignungsleihe"). Zum Nachweis der Eignung hat der Bewerber diese Dritten in seinem Teilnahmeantrag zu benennen und die in dieser Bekanntmachung genannten Angaben/Erklärungen/Nachweise auch für diesen Dritten in dem Umfang vorzulegen, in dem er sich auf dessen Fähigkeiten beruft. Mit dem Teilnahmeantrag ist der Nachweis zu erbringen, dass ihm dieser Dritte mit den erforderlichen Mitteln zur Verfügung steht (Verpflichtungserklärung).

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die nachstehende Erklärung ist von den Bewerbern (bzw. jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft) vorzulegen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen ist nicht zugelassen. Erklärung über den Jahresumsatz bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre (2023, 2024, 2025) hinsichtlich des Leistungsgegenstandes (Lieferung

von Flugfeldlöschfahrzeugen). Der jeweilige Jahresumsatz muss mindestens 25 Mio. Euro betragen. Der Nachweis kann durch unterzeichnete Eigenerklärung (fortgeschrittene Signatur oder Textform (eingescannte Unterschrift) geführt werden. Der Bewerber kann sich zum Nachweis seiner Leistungsfähigkeit der Fähigkeiten anderer Unternehmen (Dritter /Nachunternehmen /konzernverbundener Unternehmen) bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters zwischen ihm und diesem Unternehmen bestehender Verbindungen (sog. "Eignungsleihe"). Zum Nachweis der Eignung hat der Bewerber diese Dritten in seinem Teilnahmeantrag zu benennen und die in dieser Bekanntmachung genannten Angaben / Erklärungen / Nachweise auch für diesen Dritten in dem Umfang vorzulegen, in dem er sich auf dessen Fähigkeiten beruft. Mit dem Teilnahmeantrag ist der Nachweis zu erbringen, dass ihm dieser Dritte mit den erforderlichen Mitteln zur Verfügung steht (Verpflichtungserklärung). Bedient sich der Bewerber zum Nachweis des erforderlichen Jahresumsatzes eines anderen Unternehmens hat die Verpflichtungserklärung zudem eine Erklärung über die gemeinsame Haftung des Bewerbers und des anderen Unternehmens in Höhe des geforderten Jahresumsatzes (25 Mio. Euro) zu enthalten.

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die nachstehenden Angaben und Nachweise sind von den Bewerbern (bzw. jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft) vorzulegen. Die nachstehenden Angaben und Nachweise sind ebenso von allen für die Leistungserbringung vorgesehenen Unterauftragnehmern mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Nimmt der Bewerber (bzw. ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft) im Hinblick auf einzelne Eignungskriterien der erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen sowie der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch (sog. Eignungsleihe), sind die nachstehenden Angaben und Nachweise auch von diesen Unternehmen vorzulegen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen ist nicht zugelassen. Durch den Bewerber einzureichende Angaben und Nachweise: - Aktueller Handels-, Partnerschafts- oder Berufsregistrauszug oder ein gleichwertiges Dokument bei ausländischen Bewerbern (aktuell ist der Auszug, wenn er nicht älter als 6 Monate gerechnet ab dem Schlusstermin für die Abgabe des Teilnahmeantrages ist). Sofern im Land des Gesellschaftssitzes keine Registrierungspflicht besteht: Nennung der Gesellschafts- bzw. Organisationsform sowie vergleichbare Daten wie sie sich bei registrierten Gesellschaftsformen aus dem Registrauszug ergeben. - Angaben zur Eigentümerstruktur. Hier sind möglichst detaillierte Angaben erforderlich. Bei natürlichen Personen sind Name, Staatsangehörigkeit und Wohnsitz (Land) anzugeben. Bei juristischen Personen als Gesellschafter sind Sitz und Tätigkeit der Gesellschaft anzugeben. Bei juristischen Personen als Gesellschafter sind zudem wiederum deren Eigentümer anzugeben, soweit möglich bis zur Ebene von natürlichen Personen als Gesellschafter, mindestens aber bis zur achten Stufe der Gesellschafterstruktur gerechnet ab dem Bewerber, sofern zutreffend. Die Vergabestelle behält sich weitergehende Auskunftsverlangen hierzu ausdrücklich vor.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11. Auftragsunterlagen

Zugang zu bestimmten Auftragsunterlagen ist beschränkt

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Informationen über zugangsbeschränkte Dokumente einsehbar unter: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=878043>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 16/10/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Obligatorische Angabe der Vergabe von Unteraufträgen: Anteil des Auftrags, den der Bieter im Wege von Unteraufträgen zu vergeben gedenkt

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=878043>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Beschreibung der finanziellen Sicherheit: Es ist beabsichtigt, die vertraglichen Leistungen durch eine unbefristete, selbstschuldnerische Bürgschaft eines deutschen Kreditinstituts oder eines deutschen Versicherungsunternehmens in Höhe von 6% des Netto-Gesamtauftragswertes als kombinierte Vertragserfüllungs- und Mängelhaftungssicherheit abzusichern.

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 24/08/2026 13:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: -

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: - zum Vergabeverfahren zugelassen werden nach § 11 Abs. 1 BwBBG nur Bewerber, die in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union ansässig sind. Bewerbergemeinschaften, bei denen ein Mitglied Drittstaatler im Sinne der Norm ist, werden nicht zugelassen. Auch bei der Eignungsleihe darf sich nicht auf Dritte bezogen werden, die Drittstaatler im Sinne der Norm sind. - im Angebot sind nach § 11 Abs. 3 BwBBG keine Unterauftragnehmer vorzusehen, die in einem Staat außerhalb der Europäischen Union ansässig sind. - es sind nach § 11 Abs. 4 BwBBG keine Unterauftragnehmer zu beauftragen, die in einem Staat außerhalb der Europäischen Union ansässig sind. § 11 Abs. 5 bleibt hiervon unberührt.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: Gemäß Bewerbungsbedingungen (Abschlags- und Schlusszahlungen im Rahmen der Verdingungsordnung für Leistungen Teil B (VOL/B))

Vergabe von Unteraufträgen:

Der Auftragnehmer muss alle Änderungen der Unterauftragnehmer angeben, die sich während der Auftragsausführung ergeben.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Begründung der Laufzeit der Rahmenvereinbarung: Im Vorhaben FLKfz mittel FIPI wird eine Vertragslaufzeit von 15 Jahren festgelegt, § 14 Abs. 6 Satz 2 VSVgV. Die zu erwartende Nutzungsdauer der FLKfz mittel FIPI liegt deutlich über diesem Zeitraum. Wenn der Vertrag nur maximal sieben Jahre läuft, kann für die restliche Nutzungsdauer der Fahrzeuge nicht mehr auf den Vertrag zurückgegriffen werden, um dieselben Fahrzeuge nachzubestellen. Das Ziel muss sein, wie bei den Bestandsfahrzeugen, auch die zukünftigen Fahrzeuge bei einem Hersteller zu beschaffen. Denn die FLKfz mittel FIPI dienen als Schnellangriffsfahrzeug für den Einsatz auf Flugplätzen zur Menschenrettung und Brandbekämpfung. Diese Fahrzeuge werden von mehreren Herstellern angeboten, wobei jeder Hersteller unterschiedliche Bedienkonzepte verfolgt und unterschiedliche feuerwehrtechnische Beladung verbaut. Eine Vielzahl an unterschiedlichem Gerät führt zu einer Erhöhung der Fehlerhäufigkeit durch Fehlbedienung. Stresslagen in Einsatzsituationen fördern diese Fehlerhäufigkeit zusätzlich. Im Ernstfall kommt es in Sekundenschnelle auf die sichere Bedienung der Fahrzeuge und deren zugehöriger Geräte an, um im Ernstfall Menschenleben zu retten. Das Risiko der Fehlbedienung kann nur durch Bauteilgleichheit aller Bedieneinheiten von Fahrzeug und feuerwehrtechnischem Gerät minimiert werden. Aus diesen Gründen müssen alle Fahrzeuge dieser Leistungsklasse identisch sein. Eine Vertragslaufzeit von 15 Jahren ist daher gerechtfertigt.

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt - Vergabekammer Bund

Informationen über die Überprüfungsfristen: § 160 GWB Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt. § 134 GWB Informations- und Wartepflicht https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/_134.html § 135 Unwirksamkeit https://www.gesetze-im-internet.de/gwb/_135.html

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr

Registrierungsnummer: 991-19518-88

Postanschrift: Ferdinand-Sauerbruch-Straße 1

Stadt: Koblenz

Postleitzahl: 56073

Land, Gliederung (NUTS): Koblenz, Kreisfreie Stadt (DEB11)

Land: Deutschland

E-Mail: BAAINBwU2.2@bundeswehr.org

Telefon: +49 261 40018258

Internetadresse: <http://www.evergabe-online.de/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt - Vergabekammer Bund

Registrierungsnummer: T:022894990

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: d0be26ac-bfb0-4915-8ce5-39ed88536781 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 18

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 23/07/2026 09:38:22 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 513718-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 141/2026

Datum der Veröffentlichung: 24/07/2026